

Taunus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2 Mark, monatlich 70 Pfennig. Anzeigen: Die 50 mm breite Petitzeile 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Petitzeile im Textteil 50 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Freitag
25
Januar

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschuß. Jede Nachschußbewilligung wird hinfällig bei gerichtlicher Beistellung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 6.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vor, kleinere bis 1/10 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunclichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 14 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Graf Hertling spricht im Hauptausschuß des Reichstags. Hertlings Antwort an Lloyd George und Wilson.

Elßaß-Lothringen. — Keine gewaltsame Angliederung Belgiens. — Nordfrankreich als Tauschpfand. — Die Kolonien.

Berlin, 24. Jan. Nach mancherlei Verzögerungen, die mit dem Gang der Verhandlungen in Brest-Litowsk zusammenhängen, hat heute der Reichskanzler Graf Hertling zu derselben Zeit, als der österreichische Minister des Aeußern, Graf Czernin, in Wien über die auswärtige Politik sprach, im Hauptausschuß mit einer längeren Rede die politische Debatte wieder eröffnet. Man hat dieser Rede mit großem Interesse entgegengelesen, denn es war bekannt geworden, daß der Reichskanzler nicht nur eine Art Bericht über den bisherigen Verlauf der Friedensverhandlungen mit Rußland geben würde, sondern daß er auf Lloyd George und auf die Botschaft Wilsons ausführlich antworten werde.

In der Sitzung selbst führte

Reichskanzler Graf von Hertling

u. a. aus:

Meine Herren! Als ich zum letzten Male die Ehre hatte, vor Ihrem Ausschuß zu sprechen — es war am 3. Januar — standen wir, so schien es, vor einem in Brest-Litowsk eingetretenen Zwischenfall. Ich habe damals die Meinung ausgesprochen, daß wir die Erledigung dieses Zwischenfalles in aller Ruhe abwarten könnten. Die Tatsachen haben dem recht gegeben: Die russische Delegation ist wieder in Brest-Litowsk eingetroffen. Die Verhandlungen sind wiederaufgenommen und fortgesetzt worden. Sie gehen langsam weiter, aber sie sind außerordentlich schwierig. Auf die näheren Umstände, die diese Schwierigkeiten bedingen, habe ich schon das vorige Mal hingewiesen. Manchmal konnte in der Tat ein Zweifel entstehen, ob es der russischen Delegation Ernst sei mit den Friedensverhandlungen, und allerhand Fankiprüfe, die durch die Welt gehen mit höchst seltsamen Inhalt, könnten diese Zweifel bestätigen. Trotzdem halte ich an der Hoffnung fest, daß wir mit der russischen Delegation in Brest-Litowsk demnächst zu einem guten Abschluß gelangen werden.

Günstig stehen unsere Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine. Auch hier sind noch Schwierigkeiten zu überwinden, aber die Aussichten sind günstig. Wir hoffen, demnächst mit der Ukraine zum Abschluß zu kommen, der im beiderseitigen Interesse gelegen und auf der wirtschaftlichen Seite vorteilhaft sein würde.

Ein Ergebnis, meine Herren, war bereits am 4. Januar abends 10 Uhr zu verzeichnen. Wie Ihnen allen bekannt ist, hatte die russische Delegation Ende Dezember den Vorschlag gemacht, eine Einladung an sämtliche Kriegsteilnehmer ergehen zu lassen, sie sollten sich an den Verhandlungen beteiligen. Als Grundlage hatte die russische Delegation gewisse Vorschläge allgemeinen Inhalts unterbreitet. Wir haben uns damals auf den Vorschlag, die Kriegsteilnehmer zu den Verhandlungen einzuladen, eingelassen, unter der Bedingung jedoch, daß diese Einladung an eine ganz bestimmte Frist gebunden sei. Am 4. Januar abends 10 Uhr war die Frist verstrichen. Eine Antwort war nicht erfolgt. Das Ergebnis ist, daß wir der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind, daß wir die Bahn frei haben für die Sonderverhandlungen mit Rußland, und daß wir auch selbstverständlich an keine von der russischen Delegation uns vorgelegten allgemeinen Friedensvorschläge der Entente mehr gebunden sind.

Anstatt der damals erwarteten Antwort, die ausgeblieben ist, sind inzwischen, wie die Herren alle wissen,

Zwei Rundgebungen feindlicher Staatemänner

erfolgt: Die Rede des englischen Ministers Lloyd George vom 5. Januar und die Botschaft des Präsidenten Wilson am Tage danach. Ich erkenne gerne an, daß Lloyd George keinen Ton geändert hat. Er schimpft nicht mehr und scheint dadurch seine früher von mir angewiesene Verhandlungsfähigkeit jetzt wieder nachweisen zu wollen. (Heiterkeit.) Immerhin aber gehe ich nicht so weit, wie manche Stimmen aus dem neutralen Auslande, die aus der Rede

Lloyd Georges einen ersten Friedenswillen, ja sogar eine freundliche Gesinnung herauslesen wollen. Es ist wahr, er erklärte, er wolle Deutschland nicht vernichten und habe es nie vernichten wollen. Er gewinnt sogar Worte der Achtung über sich für unsere politische, wirtschaftliche und kulturelle Stellung. Aber dazwischen fehlt es doch auch nicht an anderen Äußerungen. Dazwischen drängt sich doch immer wieder die Auffassung durch, daß er über das aller möglichen Verbrechen beschuldigte Deutschland Recht zu sprechen habe, eine Gesinnung, meine Herren, auf die wir uns selbstverständlich nicht einlassen können, in der wir von einem ersten Willen noch nichts verspüren können. Wir sollen die Schuldigen sein, über die die Entente zu Gericht sitzt. Das nötigt mich, einen kurzen Rückblick auf die vor dem Kriege vorhanden gewesenen Verhältnisse und eingetretenen Vorgänge zu werfen, auf die Gefahr hin, längst Bekanntes noch einmal zu wiederholen. Die Aufrichtung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 hatte bei allen Zerrissenheit ein Ende gemacht. Durch den Zusammenschluß seiner Stämme hatte das Deutsche Reich in Europa diejenige Stellung erworben, die seinen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen und den darauf begründeten Ansprüchen entspricht. (Bravo.) Fürst Bismarck krönte sein Werk durch das Bündnis mit Österreich-Ungarn. Es war ein rein defensives Bündnis, von den hohen Verbündeten vom ersten Tage an so gedacht und so gewollt. Im Laufe der Jahrzehnte ist niemals auch nur der leiseste Gedanke zu aggressiven Zwecken aufgefaßt. Insbesondere zur Erhaltung des Friedens sollte das Defensivbündnis zwischen Deutschland und der eng verbündeten, in aller Tradition durch gemeinsame Interessen mit uns eng verbündeten Donaumonarchie dienen. Aber schon Fürst Bismarck hatte, wie ihm oftmals vorgeworfen wurde, den

Alpdruck der Koalitionen.

Und die Ereignisse der Folgezeit haben gezeigt, daß das keine bloßen schrecklichen Traumbilder waren. Mehrfach trat die Gefahr feindlicher Koalitionen, die den verbündeten Mittelmächten drohten, in die Erscheinung. Durch die Einfreierungspolitik König Edwards wird der Traum der Koalition Wirklichkeit. Zwischen Rußland und Frankreich wurde ein Bündnis abgeschlossen, dessen Teilnehmer das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn an Einwohnerzahl um das Doppelte übertrafen. Frankreich, das republikanische Frankreich, ließ dem zaristischen Rußland Milliarden zum Ausbau der strategischen Bohnen im Königreich Polen, die den Aufmarsch gegen uns erleichtern sollten. Die französische Republik zog den letzten Mann zur dreijährigen Dienstzeit heran. So schuf sich Frankreich neben Rußland eine bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gehende Rüstung. Beide verfolgten dabei Zwecke, die unsere Gegner jetzt als imperialistisch bezeichnen. Es wäre pflichtvergessen gewesen, wenn Deutschland diesem Spiele ruhig zugeesehen hätte, wenn nicht auch wir uns eine Rüstung zu schaffen versucht hätten, die uns gegen die künftigen Feinde zu schützen hatte. Meine Herren! Ich darf vielleicht daran erinnern, daß ich selbst als Mitglied des Reichstags sehr häufig über diese Dinge gesprochen habe, und daß ich bei diesen Rüstungsausgaben stets darauf hingewiesen habe, daß das deutsche Volk, wenn es diesen Rüstungen zustimmt, lediglich eine Politik des Friedens treiben wollte, daß diese Rüstung uns nur ausgenötigt sei zur Abwehr gegen die uns vom Feinde drohende Gefahr.

Und nun

Elßaß-Lothringen.

Elßaß-Lothringen, von dem auch jetzt wieder Lloyd George redet. Auch jetzt spricht er wieder von dem Unrecht, das Deutschland im Jahre 1871 Frankreich angetan habe. Elßaß-Lothringen — ich sage es nicht Ihnen, Sie bedürfen der Belehrung nicht, aber im Auslande scheint man die Dinge immer noch nicht zu kennen — Elßaß-Lothringen umfaßt bekanntlich zum größten Teil rein deutsche Gebiete, die durch

Jahrhunderte fortgesetzter Vergewaltigung und Rechtsbrüche vom Deutschen Reiche losgelöst wurden, bis endlich 1789 die französische Revolution den letzten Rest verschlang. Damals wurden sie französische Provinzen. Als wir nun im siebziger Kriege die uns freventlich entrißenen Landstriche zurückverlangten, war dies nicht Eroberung fremden Gebietes, sondern recht eigentlich, was man jetzt Desamexion nennt, und diese Desamexion ist dann auch von der französischen Nationalversammlung, der verfassungsmäßigen Vertretung des französischen Volkes in damaliger Zeit, am 29. März 1871 mit großer Stimmenv Mehrheit ausdrücklich anerkannt worden. Und auch in England, meine Herren, sprach man damals ganz anders als heute. Ich kann mich auf einen klassischen Zeugen berufen. Es ist kein anderer als der berühmte englische Historiker und Schriftsteller Thomas Carlyle, der in einem Briefe an die „Times“, und zwar im Dezember 1870 folgendes schrieb: „Rein Volk hat einen so schlimmen Nachbarn, wie Deutschland während der letzten 400 Jahre an Frankreich befaß. Deutschland wäre verrückt, wenn es nicht daran dächte, einen Grenzwall zwischen sich und einem solchen Nachbarn zu errichten.“ Ich bemerke, daß ich die sehr harten Ausdrücke, welche Carlyle in diesem Zusammenhange gegen Frankreich gebrauchte, meinerseits jetzt nicht wiederholt habe — einen solchen Grenzwall sich zu errichten, wo es Gelegenheit dazu hat. Ich weiß von keinem Naturgesetz und keinem Himmelparlementsbeschluss, kraft dessen Frankreich allein von allen indischen Wesen nicht verpflichtet wäre, einen Teil der geraubten Gebiete zurückzulassen, wenn die Eigentümer, denen sie entrißen, eine günstige Gelegenheit haben, sie wieder zu erobern.“ Und im gleichen Sinne sprachen angefehene englische Prekorgane — ich nenne beispielsweise die „Daily News“ — das aus. Ich komme nunmehr zu Wilson.

Auch hier erkenne ich an, daß er schon ein anderer geworden ist. Es scheint, daß die damalige einmütige Zurückweisung des Versuchs Wilsons, in der Antwort auf die Pappnote zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volke Zwietracht zu stiften, ihre Wirkung getan hat. Auf die schiefen Darlegungen der deutschen Politik, die sich auch jetzt noch in Wilsons Botschaft finden, will ich hier nicht eingehen, sondern im einzelnen die Punkte besprechen, die Wilson darlegt. Es sind nicht weniger als 14 Punkte, in denen er sein Friedensprogramm formuliert, und ich bitte um Ihre Geduld, wenn ich diese 14 Punkte so kurz als möglich hier zum Vortrag bringe. Der 1. Punkt verlangt, es sollen keine geheimen internationalen Vereinbarungen mehr stattfinden. Meine Herren! Die Geschichte lehrt, daß wir uns am ehesten mit einer weitgehenden Publizität der diplomatischen Abmachungen einverstanden erklären können. Ich erinnere daran, daß unser Defensivbündnis mit Österreich-Ungarn seit dem Jahre 1888 aller Welt bekannt war, während die Offensivabmachungen zwischen den feindlichen Staaten erst im Laufe des Krieges und zuletzt durch die Enthüllung der russischen Geheimtakte das Licht der Öffentlichkeit erblickten. Auch die Verhandlungen in Brest-Litowsk vor aller Öffentlichkeit beweisen, daß wir durchaus bereit sein können, auf diesen Vorschlag einzugehen und die Publizität der Verhandlungen als allgemeinen politischen Grundsatz zu erklären. Im 2. Punkt fordert Wilson Freiheit der Meere. Die vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere im Krieg und Frieden wird auch von Deutschland als eine der ersten und wichtigsten Zukunftsforderungen aufgestellt. Hier besteht also keine Meinungsverschiedenheit. Die von Wilson am Schluß angefügte Einschränkung ist nicht leicht verständlich und scheint überflüssig, würde also am besten weggelassen. Im hohen Grade wichtig aber wäre es für die Freiheit der Schifffahrt in Zukunft, wenn auf die stark besetzten Flottenstützpunkte an wichtigen internationalen Verkehrsstraßen, wie sie England in Gibraltar, Malta, Wien, Hongkong, auf den Fälandinseln und an manchen anderen Stellen unterhält, verzichtet werden könnte.

3. Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken. Auch wir sind mit der Beseitigung wirtschaftlicher Schranken, die den Handel in überflüssiger Weise einengen, durchaus einverstanden. Auch wir verurteilen einen Wirtschaftskrieg, der voraussichtlich die Ursache künftiger kriegerischer Entwicklungen in sich tragen würde.

4. Beschränkung der Rüstungen.

Wie schon früher von uns erklärt wurde, ist der Gedanke einer Rüstungsbeschränkung durchaus diskutabel. Die Finanzlage sämtlicher europäischer Staaten nach dem Kriege dürfte einer befriedigenden Lösung den wirksamsten Vorschub leisten. (Sehr richtig.) Man sieht also, meine Herren, über die vier ersten Programmpunkte könnte man ohne Schwierigkeit zu einer Verständigung gelangen.

Ich wende mich zum 5. Punkte: Schlichtung aller kolonialen Ansprüche und Streitigkeiten. Die praktische Durchführung des von Wilson aufgestellten Grundsatzes in der Welt der Wirklichkeit wird einigen Schwierigkeiten begegnen. Jedenfalls glaube ich, daß es zunächst dem großen Kolonialreich England überlassen bleiben kann, wie es sich mit dem Vorschlage seines Verbündeten abfinden will. Bei der unbedingt auch von uns geforderten

Neugestaltung des Welt-Kolonialbesitzes

wird von diesem Programmpunkte seinerzeit die Rede sein.

6. Räumung des russischen Gebietes. Nachdem die Entente Staaten es abgelehnt haben, innerhalb der von Rußland und den vier verbündeten Mächten vereinbarten Frist sich den Verhandlungen anzuschließen, muß ich namens der letzteren eine nachträgliche Einmischung ablehnen. Wir stehen hier vor Fragen, die allein Rußland und die 4 verbündeten Mächte angehen. Ich halte an der Hoffnung fest, daß es unter Anerkennung der Selbstbestimmung der westlichen Randvölker des ehemaligen russischen Kaiserreiches gelingen wird, zu einem guten Verhältnis sowohl mit diesen, als mit dem übrigen Rußland zu gelangen.

Punkt 7 kommt auf die

belgische Frage.

Was die belgische Frage betrifft, ist von meinen Amtsvorgängern wiederholt erklärt worden, daß zu keiner Zeit während des Krieges die gewaltsame Angliederung Belgiens an Deutschland einen Programmpunkt der deutschen Politik gebildet habe. Die belgische Frage gehört zum Komplex der Fragen, deren Einzelheiten durch die Friedensverhandlungen zu ordnen sein werden. Solange sich unsere Gegner nicht rückhaltlos auf den Boden stellen, daß die Integrität des Gebietes der Verbündeten die einzig mögliche Grundlage von Friedensbesprechungen bieten kann, muß ich an dem bisher stets eingenommenen Standpunkt festhalten und ein Vorwheilen der belgischen Angelegenheit aus der Gesamtdiskussion ablehnen.

8. Befreiung des französischen Territoriums.

Die okkupierten Teile Frankreichs

sind ein wertvolles Lausippiano in unserer Hand. Auch hier bildet die gewaltsame Angliederung keinen Teil der amtlichen deutschen Politik. Die Bedingungen und Modalitäten der Räumung, die den vitalen Interessen Deutschlands Rechnung tragen müssen, sind zwischen Deutschland und Frankreich zu vereinbaren. Ich kann mir nochmals ausdrücklich betonen, daß von einer Abtretung von Reichsgebiet nie und nimmer die Rede sein kann. Das Reichsland, das sich seitdem immer mehr dem Deutschum innerlich angeschlossen, das sich in hoch erfreulicher Weise wirtschaftlich immer mehr fortentwickelt hat, von dem mehr als 87 Prozent die deutsche Muttersprache sprechen, werden wir uns von dem Feinde unter irgendwelchen schönen Redensarten nicht wieder abnehmen lassen. (Lebhaftes Bravo.)

9, 10 und 11. Italienische Grenzen, Nationalitätenfragen der Donaumonarchie, Balkanstaaten. Was die von Wilson unter 9, 10 und 11 behandelten Fragen betrifft, so berühren sie sowohl in den italienischen Grenzfragen als in denen der künftigen Entwicklung der österreichisch-ungarischen Monarchie und den Fragen der Zukunft der Balkanstaaten Punkte, bei denen zum größten Teil die politischen Interessen unseres Verbündeten

Oesterreich-Ungarn

überwiegen. Wo deutsche Interessen im Spiele sind, werden wir sie aufs nachdrücklichste wahren, doch möchte ich die Beantwortung der Wilsonschen Vorschläge in diesen Punkten in erster Linie dem auswärtigen Minister der österreichisch-ungarischen Monarchie überlassen. Die enge Verbindung mit der verbündeten Donaumonarchie ist der Kernpunkt unserer heutigen Politik und muß die Richtlinie für die Zukunft sein. Die treue Waffenbrüderschaft, die sich im Kriege so glänzend bewährt hat, muß auch im Frieden nachwirken, und so werden wir auch unsererseits alles daransetzen, daß für Oesterreich-Ungarn ein Friede zustandekommt, der den berechtigten Ansprüchen Rechnung trägt.

12. Türkei.

Ebenso möchte ich in den unter Punkt 12 von Wilson berührten Angelegenheiten, die unsere treuen, tapferen und mächtigen Bundesgenossen, die Türkei, betreffen, in keiner Weise der Stellungnahme ihrer Staatsmänner vorgreifen. Die Integrität der Türkei und die Sicherung ihrer Hauptstadt, die mit der Meerengenfrage eng zusammenhängt, sind wichtige Lebensinteressen auch des Deutschen Reiches. Unser Verbündeter kann hierbei stets auf unseren nachdrücklichsten Beistand rechnen.

Punkt 13 behandelt

Polen.

Nicht die Entente, die für Polen nur inhaltslose Worte fand und vor dem Kriege nie bei Rußland für Polen eingetreten ist, sondern das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn waren es, die Polen von dem seine nationale Eigenart unterdrückenden zaristischen Regiment befreiten. So möge man denn auch Deutschland, Oesterreich-Ungarn und

Polen es überlassen, sich über die zukünftige Gestaltung dieses Landes zu einigen. Wie die Verhandlungen und Mitteilungen des letzten Jahres beweisen, sind wir durchaus auf dem richtigen Wege hierzu.

Der letzte Punkt behandelt den

Verband der Völker.

Was diesen Punkt betrifft, so stehe ich, wie sich aus meiner bisherigen politischen Tätigkeit ergibt, jedem Gedanken sympathisch gegenüber, der für die Zukunft die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von Kriegen ausschaltet und das friedliche und harmonische Zusammenarbeiten der Völker fördern will. Wenn der vom Präsidenten Wilson stammende Gedanke des Verbandes der Völker bei näherer Ausführung und Prüfung ergibt, daß er wirklich im Geiste einer vollkommenen Gerechtigkeit gegen alle und einer vollkommenen Vorurteilslosigkeit gefaßt ist, so ist die kaiserliche Regierung gern bereit, wenn alle anderen schwebenden Fragen geregelt sein werden, einer Prüfung der Grundlagen eines solchen Völkerbundes näher zu treten.

Der Reichskanzler schloß: Wenn die Führer der feindlichen Mächte wirklich zum Frieden geneigt sind, so mögen sie ihr Programm nochmals revidieren. Wenn sie das tun und mit neuen Vorschlägen kommen, dann werden wir sie auch ernstlich prüfen, denn unser Ziel ist kein anderes, als die Wiederherstellung eines dauernden allgemeinen Friedens. Stehen wir zusammen, Regierung und Volk, und der Sieg wird unser. Ein guter Friede wird und muß kommen. Das deutsche Volk erträgt in bewundernswerter Weise die Leiden und Lasten des nun in seinem vierten Jahre währenden Krieges. Ein solches Volk kann nicht untergehen. Gott ist mit uns und wird ferner mit uns sein! (Lebhaftes Bravo.)

In der darauffolgenden Debatte stimmte als erster Redner Abg. Trimbom (Ztr.) den Ausführungen des Reichskanzlers zu und dankte dem Staatssekretär Rühlmann für die Geduld, Ausdauer und Geschicklichkeit, mit denen er die Verhandlungen in Brest-Litowsk geführt hat.

Abg. Scheidemann (Soz.) erklärte, Elsaß-Lothringen muß deutsches Land bleiben und wenn über Belgien Klarheit geschaffen ist, ist auch die Elsaß-Lothringische Frage erledigt. Weiter sprach er über den U-Bootkrieg.

Abg. Fischel (Vpt.) verlangt, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker ehrlich gewahrt werde. Er hofft, daß die Mißverständnisse, die zwischen uns und Oesterreich-Ungarn eintreten, alsbald aus dem Wege geräumt werden.

Abg. Stresemann (natl.) wandte sich gegen die Ausführungen des Abg. Scheidemann über den U-Bootkrieg. Er erklärte die Elsaß-Lothringische Frage für seine Partei als indiskutabel und betonte, daß auch seine Partei keine Annexion Belgiens wolle, doch dürfe Deutschland der slawischen Bewegung nach Selbstständigkeit kein Hindernis entgegenstellen.

Darauf wurde die Besprechung abgebrochen und die Sitzung auf Freitag vertagt.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 25. Jan. Das Abgeordnetenhaus hat das Wohnungsgesetz nach der veränderten Fassung des Herrenhauses angenommen, ebenso den nationalliberalen Antrag auf staatliche Unterstützung der Hochwasser-Geschädigten. Nächste Sitzung am 26. Februar.

Großes Hauptquartier, 24. Januar.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse. Regelmäßige Erkundungstätigkeit unserer Infanterie brachte an vielen Stellen der Front Gefangene ein. In der Bahn Voefinghe—Staden wurden sechs Maschinengewehre erbeutet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nicht Neues.

Mazedonische Front

In einzelnen Abschnitten Artillerietätigkeit. Südwestlich vom Dojran-See scheiterte ein englischer Vorstoß.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Wiener Generalstabsbericht vom 24. Jan.

Wien, 24. Jan. (W. B.) Amtlich wird verlautbart:

Die Lage ist unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Der Wirrwarr an der russischen Front.

Berlin, 24. Jan. (Priv.-Tel. d. Ztrf. Ztg.) Zum Oberbefehlshaber der russischen Front, d. h. des Kampfgebietes gegen die Ukraine und im Dongebiet ist vom Rat der Volkskommissare der Katorse Dubenko ernannt worden. An der Front dauern die Kämpfe zwischen den Ukrainern und den Maximalisten an. Die russische achte Armee beabsichtigt, die Front zu verlassen. Drei Armeekorps der neunten Armee werden sich wahrscheinlich anschließen. Die Ukrainer suchen das zu verhindern, aber die groß-russischen Truppen beabsichtigen, sich zur Verfügung der Charlower Regierung durchzuschlagen. Hinter der Front mehrten sich die blutigen Zusammenstöße, und weitere sind zu erwarten. Die Kämpfe zwischen Russen und Rumänen haben bei Galatz einen ungünstlichen Ausgang für die Russen genommen. Daraufhin sind 2300 Russen mit 22 Geschützen, 57 Munitionswagen, 53 Feldküchen, 360 anderen Fahrzeugen, 1200 Pferden zu den deutschen Truppen übergetreten. Auch nach Bessarabien sind durch Tschibatschew rumänische Truppen entsandt worden, angeblich, weil Rumänen die bessarabische Republik unter seine Gewalt bringen will.

Die Arbeiterschaft gegen die Zivildienstpflicht.

Bern, 23. Jan. (Priv.-Tel. d. Ztrf. Ztg.) In Zürich nahm eine von über 2000 Personen besuchte Protestversammlung gegen das Urteil im Meutereiprozess einstimmig einen Antrag des städtischen sozialistischen Parteivorstandes an, sich keinerlei behördlichen Maßnahmen zu unterwerfen, die die Arbeiterschaft ihrer versorgungsmäßigen Rechte berauben und ihre wirtschaftliche Lage verschlimmern würde, sowie einen Antrag, in dem die schweizerische Arbeiterschaft aufgefordert wird, die Durchführung des Hilfs- und Zivildienstes mit dem revolutionären Generalstreik zu beantworten. Am nächsten Sonntag wird eine Holzarbeiterversammlung über folgende Anträge beraten: 1. Verweigerung der Zivildienstpflicht, 2. Unsere Kampfmittel gegen die Einführung der Zivildienstpflicht.

Bern, 24. Jan. (Priv.-Tel. d. Ztrf. Ztg.) Die Delegiertenversammlung der Arbeiterunion in Bern erklärte sich mit den bisherigen sozialistischen Maßnahmen gegen den Zivildienst einverstanden und bereit, mit aller Energie und mit allen Mitteln für die Interessen der Arbeiter einzustehen und gegebenenfalls den schwersten Kampf nicht zu scheuen.

Lokalnachrichten.

4. Rönigstein, 25. Jan. Aus Wiesbaden kommt die teleg. Nachricht, daß am 23. ds. Mts. der Generalsuperintendent a. D. der Nassauischen Landeskirche, Wirklicher Geheimer Oberkonsistorialrat D. theol. Heinrich Maurer im 84. Lebensjahre entschlafen ist. Der Verstorbene war am 31. Oktober 1831 zu Langenschwalbach als Sohn eines Lehrers geboren. Nach Absolvierung der beiden theolog. Prüfungen wurde er am 12. Dezember 1858 ordiniert und von Seiner Heiligkeit dem Herzoge Adolph von Nassau zum Kaplan in Hochheim a. M. ernannt. Nach fünfjähriger Wirksamkeit dafelbst kam er als Pfarrer nach Gleisbach im Dillkreise und noch in demselben Jahre in gleicher Eigenschaft nach Herborn. Im Jahre 1865 wurde er dort zum zweiten Pfarrer ernannt, nach 14jähriger Tätigkeit an dieser Stelle rückte er zur ersten Pfarrstelle in dieser Stadt auf. Gleichzeitig erhielt er die 2. Professur an dem dortigen Königl. Theolog. Seminar. Lange Jahre bekleidete er während seiner Tätigkeit in Herborn auch das Amt eines Kreisschulinspektors. Am Seminar lehrte er besonders Altes Testament, Kirchenrecht, Liturgik und Katechetik. Eine Anzahl wissenschaftlicher Werke sind in jener Zeit aus seiner Feder hervorgegangen. Im Jahre 1883 wurde er zum Dekan des Königl. Dekanats Herborn ernannt. Viele Jahre vertrat er dasselbe in der Bezirksynode zu Wiesbaden, die ihn nochmals zu ihrem Vorsitzenden wählte. Nach dem Tode des Generalsuperintendenten D. th. Ernst wurde er 1897 von Seiner Majestät dem Könige zum Generalsuperintendent der Nassauischen Landeskirche berufen. In dieser hervorragenden und verantwortungsvollen Stellung wirkte er als der Oberhirte der Nassauischen Kirche noch 13 Jahre in reichstem Segen. Eine große Anzahl von Auszeichnungen ward dem Entschlafenen in seiner 55jährigen Amtszeit zu teil. Die theol. Fakultät der Universität Marburg erkannte seine Verdienste um die wissenschaftliche Ausbildung der jungen nassauischen Geistlichkeit durch die Ernennung zum Doktor der Theologie an. Seine Majestät verlieh ihm 1871 die Kriegsmedaille, später den Roten Adlerorden 2. Klasse und den Königl. Kronenorden 2. Klasse mit dem Stern. Von Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin Regentin von Luxemburg ward er um seiner Verdienste um die Nassauische Kirche und besonders um die Förderung der hiesigen evangel. Gemeinde durch Verleihung des Komturkreuzes 1. Klasse mit dem Sterne ausgezeichnet. Unbeschränkt war das Vertrauen, welches die nassauischen Gemeinden und Geistlichen ihrem Oberhirten entgegen brachten. Im Jahre 1912 hatte die evangel. Gemeinde dahier die Ehre und Freude das hochbetagte Oberhaupt der Kirche bei Gelegenheit der Weihe des Herzogin Adalheid-Stiftes noch in voller Rüstigkeit seines bischöflichen Amtes walten zu sehen. Sein Andenken wird in der evangel. Bevölkerung Nassaus unvergessen bleiben.

* Se. Maj. der Kaiser und König haben den Wunsch ausgesprochen, das auch Allerhöchst ihr diesjähriger Geburtstag nur durch ernstere Feiern und Zusammenkünfte — wie in den Schulen und bei dem sonntäglichen Gottesdienst in den Kirchen begangen und von lauterer festlicher Veranstaltung hinsichtlich Abstand genommen wird. Auch zwingen die Rücksichten auf den stark belasteten postalischen und telegraphischen Verkehr im Felde Seine Majestät zu der Bitte, von der Uebermittlung von Glückwünschen abzusehen und sich auf ein freundliches Gedenken und neue Fürbitte zu beschränken.

— Kriegsosen möchte ich unsere Soldaten- und Marineheime an der Front bezeichnen. Wie diese dem Verschmachtenden in der Wüste den ersten Trunk reinen erquickenden Wassers spenden, so gleichen jene, in unmittelbarer Nähe der alles vernichtenden Feuerzone, einer nie versiegenden Heilquelle, aus der der Krieger frisches, neues Leben in ledgenden Zügen trinkt. In dem grauen Nichts da draußen ragt diese Quelle wie eine schimmernde Blüte auf, die, obgleich in fremden, feindlichen Boden gepflanzt, alle Eigenschaften der Heimat in sich trägt, da deutsche Liebe sie pflegt und behütet. Deutsche Männer und Frauen sorgt, daß niemals die Kriegswüste an der Front ohne diesen blühenden Garten, ohne diese Oase ist, in dem der Kämpfer voller Andacht Heimatboden betritt und Heimatluft atmet.

* Vorläufig keine Einheitskutsche für die Bevölkerung. Der Einheitskutsch, die längst erwartete Kriegsbeleidigung für die Privatbevölkerung, wird wohl noch etwas auf sich warten lassen. Wie der Ueberwachungsausschuß für die Schuhindustrie mitteilt, bestehen immer noch große Schwierigkeiten in der Heranschaffung der notwendigen Materialien. Die Holzsohlenfabriken können nicht in dem erforderlichen Um

fang arbeiten, da sie an Kohlenmangel leiden. Die Erzeugnisse aus Papiergarn sind ebenfalls nur schwer zu beschaffen. Die fertiggestellten Einheitschuhe müssen in erster Linie an die Arbeiter der kriegswichtigen Betriebe, der Landwirtschaft, der Eisenbahn und der Post verteilt werden. Die Anforderungen für die genannten Betriebe sind so groß, daß vorläufig für die Privatbevölkerung wenig übrig bleibt.

* Die Reform des Gemeinde-Wahlrechts in Preußen. Der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums Dr. Friedberg und der Minister des Innern Dr. Drews haben bereits im Wahlrechtsausschusse erklärt, daß nach der Erledigung der Wahlrechtsvorlage auch an eine Reform des Gemeindevahlrechts herangegangen werden wird. Nach der „Ges. Corr.“ soll diese Reform in erster Linie das geheime Wahlrecht auch für Stadt- und Landgemeinden bringen. Ferner sei ein abgestuftes Wahlrecht vorgesehen, das gewisse Rücksichten auf den Besitz nimmt. Auch die Geschäftigkeit werde besondere Berücksichtigung finden. Das Hausbesitzerprivileg solle nicht beseitigt, aber stark beschränkt werden. Schließlich dürfte die Selbstverwaltung auf einzelnen Gebieten eine Erweiterung erfahren.

* Wie wir bereits in letzter Nr. mitteilten, ist die in einer Anzahl Blätter verbreitete Nachricht, das Kriegs-ernährungsamt habe bereits der Neugestaltung des bisherigen Systems unserer Lebensmittelversorgung zugestimmt, verfrüht, da die Verhandlungen noch fort dauern. Das von den landwirtschaftlichen Körperschaften dem Kriegs-ernährungsamt unterbreitete Programm, das sich auf die reifliche Erfassung aller vorhandenen Vorräte erstreckt, ist wie folgt, aufgestellt:

1. In jeder Gemeinde wird eine nach genossenschaftlichen Grundätzen arbeitende Geschäftsstelle errichtet, an die sämtliche Gemeindeglieder ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse, soweit deren Abführung im Interesse der allgemeinen Volksernährung vorgezogen ist, abzuliefern haben. Besteht in der Gemeinde eine Genossenschaft, so ist sie der Geschäftsstelle zu übertragen.

2. In jedem Kreis (Bezirk) wird eine Kreisstelle errichtet, die sich an den Kommunalverband anzuschließen hat.

3. In jeder Provinz bzw. jedem Landesteil ist eine Provinz- oder Landesstelle zu bilden, in Form einer Gesellschaft m. b. H. An dieser Gesellschaft sind zu beteiligen die im Bezirk ansehnlichen Zentral- und Verkaufsgenossenschaften, außerdem der Bund der Landwirte, die Vereinigung der deutschen Bauernvereine und die Landwirtschaftsgesellschaft. Die so gebildeten Provinz- oder Landesstellen sind die verantwortlichen Träger der Erfassungsorganisation. Ihre Verwaltung soll eine möglichst einfache sein.

4. Als Reichsstelle wird ein Ausschuss gebildet. Zu der Tätigkeit der neuen Reichsstelle gehört insbesondere die schiedsrichterliche Entscheidung über die schließendmögliche Verteilung an den Provinz- oder Landesstellen und über die Verteilung der Kreis- oder Bezirksstellen. Sollte sich bei dieser Verwaltungsstelle die Notwendigkeit einer Geschäftstätigkeit ergeben, so soll die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte um Übernahme dieser geschäftlichen Tätigkeit gebeten werden. — Der ansehnliche Kleinhandel, ebenso Molkerei und Bäckerei sind zunächst bei den Kreis- und Gemeindestellen heranzuziehen. Zugelassen ist ferner ein weitgehendes Entgegenkommen der Heeresverwaltung in der Frage der Beurlaubung und Freistellung der geschulten genossenschaftlichen Kräfte, soweit dies erforderlich ist.

* Bestrafung wegen zu starken Kartoffelverbrauchs. Ein bemerkenswerter Straffall wurde vor dem Kreisgericht Schöfengericht verhandelt. Eine Kreisföhrerin hatte den ihr zugewiesenen Kartoffelvorrat, der bis März reichen sollte, bis auf 30 Pfund verbraucht. Gegen die Frau wurde deshalb das Strafverfahren wegen Uebertretung der den Kartoffelverbrauch regelnden Verordnung eingeleitet. Das Gericht war der Ansicht, man könnte wohl erwägen, daß, wer seine Kartoffeln vorzeitig aufzehre, sich selbst strafe, da er nachher ohne Kartoffeln wirtschaften müsse. Diese Erwägung dürfe aber nicht dazu führen, daß man solche Fälle ganz leicht auflasse. Denn es sei zu bedenken, daß bei solchen leichtsinnigen Leuten die Ansicht aufkommen könnte, die Stadt lasse sie nicht verhungern und werde ihnen weitere Kartoffeln beschaffen. Werde eine solche Nachverforgung, die ja von der Stadt von vornherein als ausgeschlossen hingestellt worden ist, nötig, so bedeute das eine Bevorzugung gegenüber solchen Leuten, die mit ihren Kartoffelvorräten pfleglich und wirtschaftlich umgegangen sind. Unter Berücksichtigung der Verhältnisse der Frau, deren Mann im Gefolge steht, wurde nur auf eine Geldstrafe von 20 Mark erkannt. — Wieviel Haushaltungen wären demnach straffällig?

lichtigung der Verhältnisse der Frau, deren Mann im Gefolge steht, wurde nur auf eine Geldstrafe von 20 Mark erkannt. — Wieviel Haushaltungen wären demnach straffällig?

Silberhochzeit im Schloß Friedrichshof

Cronberg, 25. Jan. Prinz und Prinzessin Friedrich Karl von Hessen begingen heute das Fest ihrer Silberhochzeit. Der Prinz steht im 52. Lebensjahre. Als Sohn des Landgrafen Friedrich von Hessen und der noch lebenden Landgräfin Anna wurde er am 1. Mai 1866 auf Schloß Ponter in Holstein geboren. Am 25. Januar 1893 vermählte sich der Prinz mit der jüngsten Schwester Kaiser Wilhelms II., der am 2. April 1872 geborenen Prinzessin Margarete. Das junge Paar nahm zunächst auf Schloß Philippsruhe a. M. später in Rumpenheim Wohnung, und als 1899 der Prinz zum Hauptmann im Inf.-Regt. Nr. 81 ernannt wurde, siedelte es nach Frankfurt über. Hier und in Schloß Friedrichshof, das nach dem Tode der Kaiserin Friedrich der Prinzessin Margarete zu eigen wurde, hat das prinzipale Paar seitdem abwechselnd Hof gehalten. Von 1908 bis 1911 führte der Prinz des Inf.-Regts. Nr. 8 als Oberst. 1911 wurde er auf seinen Wunsch unter gleichzeitiger Beförderung zur Disposition gestellt. Bei Ausbruch des Weltkrieges übernahm er die Führung des Regiments und führte es siegreich bei Verdun, später über die Maas, bis am 6. September bei Etreppe er eine schwere Verwundung erlitt, von der er erst nach Monaten genes. Am Weihnachtssabend 1914 erfolgte seine Beförderung zum General der Infanterie. Tief schnitt auch der Krieg mit seiner Bürgerpflicht in das glückliche Familienleben ein. Prinz Friedrich Wilhelm starb am 14. Sept. 1916 den Heldentod als Sanauer Ulanenoffizier in der Dobrujscha, und Prinz Maximilian fiel an der Spitze seiner Darmstädter Dragoner am 12. Okt. 1914 bei Bailleul in Nordfrankreich. Friedrich Wilhelm ruht in der Cronberger Gruft, Maximilian schläft in einem belgischen Trappistenkloster.

In unermüdlicher Liebe widmet sich Prinzessin Margarete seit Kriegsausbruch der Fürsorge für die Verwundeten und die Kriegerfrauen in Cronberg und Frankfurt.

Dem Ernste der Zeit und der Trauer um die gefallen zwei Söhne entsprechend verlief die Feier im engsten Familienkreise. Nur wenige der nächsten Verwandten waren anwesend.

Hindenburg und Ludendorff in Berlin.

Berlin, 24. Jan. (W. B. Amtlich.) Zu militärischem Vortrag beim Kaiser sind Generalfeldmarschall von Hindenburg und General der Infanterie Ludendorff gestern früh in Berlin eingetroffen.

„Falsche Gerüchte.“

Berlin, 24. Jan. (W. B.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Überschrift „Falsche Gerüchte“: Wir sind zu der Feststellung ermächtigt, daß die im Anschluß an einen Artikel der „Deutschen Zeitung“ in der Presse auftretenden Gerüchte von einem bevorstehenden Rücktritt des Chefs des Marinekabinetts, Admirals von Müller, und des Oberhofmeisters und Hausmarschalls Frhrn. v. Reischach, auf freier Erfindung beruhen.

Kirchliche Nachrichten aus der evang. Gemeinde Königstein.

Septuagesimae. 27. Januar 1918.
Geburtsfest Sr. Maj. des Kaisers und Königs.
Bormittags 10 Uhr Festgottesdienst, 11 Uhr Jugendgottesdienst.

Israel. Gottesdienst in der Synagoge in Königstein.
Samstag morgens Festgottesdienst anlässlich des Geburtstags Seiner Majestät des Kaisers und Königs 9 Uhr, nachmittags 3.30 Uhr, abends 6 Uhr.

Evangelischer Gottesdienst in Kellheim.
Sonntag, den 27. Januar:
nachmittags 2 Uhr, Gottesdienst in der Schule.

Künstliche Zähne in Kautschuk und Gold.
Kronen und Stützähne. Zahnreinigen.
Zahnoperationen. Plomben in Gold, Silber usw.
Carl Mallebré, Königstein. Fernruf 129.
Behandlung von Mitgliedern aller Krankenkassen.

Großes Hauptquartier, 25. Januar.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Poelcapelle und der Lys, bei Laon und beiderseits der Scarpe lebte die Gefechtsfähigkeit am Nachmittag auf. An verschiedenen Stellen der Front Erfindungsgeschehe.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Tauchbootmeldung.

Berlin, 24. Jan. (W. B. Amtlich.) Sechs Dampfer und ein Wachfahrzeug wurden leihthin von unseren Unterseebooten versenkt. Vier Dampfer wurden dicht unter der englischen Küste, wo die Bewachung besonders stark ist, abgeschossen, einer von ihnen aus einem durch viele Zerstörer und Fischdampfer gesicherten Geleitzuge.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 25. Jan. (W. B.) Bei der gestrigen öffentlichen Auslosung der viereinhalbprozentigen Reichsschatenweisungen von 1917 wurden die Gruppen der Nummern 134, 287, 449 und 749 gezogen.

Die Kreuzzeitung für drei Tage verboten.

Berlin, 25. Jan. (Priv.-Tel. d. Zeff. Ztg.) Die „Kreuzzeitung“ ist für drei Tage verboten. Wie die „Vossische Zeitung“ hört, ist der Grund des Verbots in den maßlosen Angriffen zu suchen, die die „Kreuzzeitung“ gegen die Abg. Scheidemann und Ebert gerichtet hat; sie verlangte, daß sie auf den Sandhaufen gestellt werden mußten.

Brest-Litowsk.

Berlin, 25. Jan. Trostij wird, wie die „Preuss.“ meldet, unter allen Umständen am 27. Januar nach Brest-Litowsk zurückkehren.

Holland.

Das Abkommen mit der Entente.

Haag, 24. Jan. (Priv.-Tel. d. Zeff. Ztg.) Die Niederländische Regierung warnt halbamtlich davor, allzugroße Hoffnung auf das Lieferungsabkommen mit der Entente zu setzen, namentlich nicht zu glauben, daß nimmere große Mengen von Getreide und Reis in Holland eintreffen werden. Nur ein Schiff mit Reis, das bereits befrachtet in Amerika liege, werde in den Niederlanden eintreffen. Im übrigen werde es noch viele Monate dauern, bis andere Schiffe mit Reis- und Getreideladungen in Holland erwartet werden können.

Von nah und fern.

— Eisenbahnunglück bei Alshausen. Unweit des Alshausenburger Hauptbahnhofes ereignete sich nachts ein Eisenbahnunglück. Ein Zugführer wurde getötet. Mehrere Personen verletzt. Der Sachschaden ist bedeutend.

Hannover, 22. Jan. In den Schaffstall des Hofbesizers Hillmann Leese drangen zwei große Hunde ein und erwürgten 40 Schafe. Dem Besitzer entstand dadurch ein Schaden von rund 8000 Mark.

* Nähstuben bei der Post. Einer Anregung der Reichsbefleidungsstelle folgend hat die Reichspost- und Telegraphenverwaltung Nähstuben eingerichtet, in denen beschädigte Dienstkleider für die Beamten, Unterbeamten und Arbeiter ausgearbeitet und zum weiteren Tragen hergerichtet werden können. Für diese Nähstuben werden Räume, Heizung und Beleuchtung unentgeltlich hergegeben, so daß die Beamten usw., die von der Einrichtung Gebrauch machen nur die Ausgaben für Löhne und Zutaten zu erstatten haben.

Kaisers-Geburtstagsfeier.

Der Krieger- und Militär-Verein feiert den Geburtstag S. Maj. des Kaisers im Vereinslokal. Zusammenkunft um 8^{1/2} Uhr abends. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Kameraden wird ersucht.
Der Vorstand.

Kleider- und Schuhbezugscheine usw. betr.

Die hiesigen Geschäftsinhaber werden ersucht, die empfangenen Bezugscheine durch deutlichen Vermerk ungültig zu machen, sodann ordnungsmäßig verpackt und nach Datum geordnet, am ersten eines jeden Monats auf hiesigem Rathaus, Zimmer Nr. 4, abzuliefern.

Königstein im Taunus, den 25. Januar 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

Betrifft Lebensmittelkarten für Militärpersonen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Lebensmittelkarten für Militärpersonen ebenfalls nur vor mittags von 8–10 Uhr ausgegeben werden.

Königstein im Taunus, den 25. Januar 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

Allgem. Ortskrankenkasse

Königstein im Taunus.

Bekanntmachung.

Sonntag, den 10. Februar 1918, nachm. 3 Uhr, findet eine

außerordentliche Ausschußsitzung

im „Raffauer Hof“ in Königstein statt.

Tagesordnung:

Antrag des Vorstandes auf Abänderung der §§ 19, 20 Ziffer 2, 22 Absatz 1, 27 und 42 der Satzung.

Zutritt haben nur diejenigen Ausschußmitglieder, denen Ausweisarten zugestellt sind.

Königstein i. T., den 25. Januar 1918.

Der Vorstand der Allg. Ortskrankenkasse.

Adam M. Fisoher, 1. Vorsitzender.

Lehrling,

welcher das Sattler- u. Tapezierhandwerk gründlich erlernen will, zu Ostern oder früher gesucht. Zu erf. in der Geschäftsst. d. Sig.

Einfaches

Fräulein

sucht Stelle als Stütze od. z. Kindern. Angeb. u. X 1000 a. d. Geschäftst.

Eine

früchtige Ziege

zu kaufen gesucht.

Näheres bei Frau Georg Brühl, am alten Rathaus, Königstein.

Verlobungskarten, Verlobungsbriefe, Glückwunschkarten, Dankkarten

empfehlen

Druckerei Ph. inbühl.

EINLADUNG.

Die geehrten Einwohner von Falkenstein werden zu dem am 27. Januar im **Frankfurter Hof** abends 8 Uhr stattfindenden

Vaterländischen Volksabend

anlässlich des

Geburtstages unseres Kaisers und Königs

eingeladen.

VORTRAGS-FOLGE:

Lichtbilder-Vortrag: „Die Bedeutung der Hohenzollern für Preußen und Deutschland.“

— Lieder zur Laute. — Klaviervorträge. — Lieder und Vorträge der Schulkinder.

Eintritt frei.

Die Kriegerkameradschaft Falkenstein i. T.

Lebensmittelscheine.

Die am 15. Dezember und am 1. Januar ausgegebenen Lebensmittelscheine werden **Samstag, den 26. d. Mts.**, vormittags 10 bis 12 Uhr, Rathaus, Zimmer Nr. 6, eingelöst. Die Geschäftsleute wollen den Termin genau einhalten.

Königstein, den 23. Januar 1918.

Der Magistrat: **Jacobs.**

Bekanntmachung.

Das städtische Bekleidungsamt ist morgen **Samstag** geschlossen.

Königstein im Taunus, den 25. Januar 1918.

Der Magistrat: **Jacobs.**

Bekanntmachung.

Die **Brot- und Zuckerkarten** für die Zeit vom 27. Januar bis 9. Februar 1918 werden **Samstag, den 26. Januar d. Js.**, auf dem Rathaus, Zimmer 4, ausgegeben und zwar in nachstehender Reihenfolge:

Brotkarten-Nr.	1—200	nachmittags von	2—3 Uhr
"	201—400	"	3—4 "
"	401—600	"	4—5 "
"	601—800	"	5—5 1/2 "

Die Aushändigung der neuen Karten erfolgt nur gegen Vorlage der alten Brot- und Zuckerkartenausweise. Die Reihenfolge ist genau einzuhalten, andernfalls Zurückweisung erfolgen muß.

Königstein im Taunus, den 25. Januar 1918.

Der Magistrat: **Jacobs**

Betr. Warenumsatzsteuer.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß die Anmeldung des Warenumsatzes im Kalenderjahre 1917 bis **31. Januar d. Js.** erfolgt sein muß. Mit der Anmeldung ist gleichzeitig die Abgabe zu entrichten.

Formulare sind bei der Steuerstelle, Rathaus, Zimmer Nr. 3, erhältlich.

Königstein, den 19. Januar 1918.

Der Magistrat: (Abteilung für Warenumsatzsteuer.)

Hauschlachtungen und Schweinebestand betr.

Die Hauschlachtungen sind nur bis einschließlich **31. ds. Mts.** zulässig. Ausnahmen können nur in wirklichen Notfällen gestattet werden.

Wer aber bisher nachweislich jedes Jahr eine Hauschlachtung bewirkt hat, ist berechtigt für seine häusliche Versorgung ab 1. Februar ein Schwein, Ferkel oder leichtes Ferkelschwein zu halten. Ueber diesen tatsächlichen Bedarf für die Hauschlachtung im nächsten Herbst dürfen Ferkel bis zu 30 Pfund Lebendgewicht nicht zurückgehalten werden. Alle vom 1. Februar 1918 ab in Besitz befindlichen Schweine (Schlachtt- und Zuchtschweine) sind am 2. Februar 1918 während den Dienststunden im Polizeibüro, Zimmer 7, anzumelden.

Königstein im Taunus, den 23. Januar 1918.

Die Polizeiverwaltung: **Jacobs.**

Brennholzverkauf

der Kgl. Oberförsterei Königstein i. T.

Dienstag, den 29. Januar ds. Js. kommen auf der Billtalhöhe bei Königstein von 10 Uhr vormittags ab zum Verkauf:

1. Schutzbezirk **Glashütten**, Distr. 35a **Ob. Reuwald**. 2. Schutzbezirk **Schlossborn**, Distr. 69, 71a **Oedung**, Distr. 85, 88 **Hint. Dichehaag**. 3. Schutzbezirk **Eppenhain**, Distr. 100 **Eichkopf**, 104 **Sandgraben**. **Eichen:** 53 rm Scheit u. Knüppel, 33 rm Reiser 1r Klasse. **Buchen:** 678 rm Scheit, 1390 rm Knüppel, 425 rm Reiser 1r Klasse, 7000 Wellen. **Weißholz:** 23 rm Scheit u. Knüppel. **Fichten:** 40 rm Scheit und 30 rm Knüppel.

Königl. Oberförsterei Königstein im Taunus.

Bei der Brennholzversteigerung vom 29. d. Mts. kommen aus Distr. 100 a Schutzbezirk **Eppenhain** nur die Nr. von 213 bis 266 und aus Distr. 104 Schutzbezirk **Eppenhain** die Nr. 64 bis 154 zum Verkauf. Die übrigen in der Bekanntmachung aufgeführten Distrikte werden ganz verkauft.

Bekanntmachung für Falkenstein.

Aufhebung der Anordnung zur Beschaffung verbilligter Hausbrandkohlen für Inhaber von Kleinwohnungen.

Aufgrund des Beschlusses des Gemeinderats vom 17. Januar d. Js. wird die für den Gemeindebezirk Falkenstein am 10. Dezember 1917 erlassene und in Nr. 290 der Taunus-Zeitung vom 12. Dezember 1917 veröffentlichte Anordnung zur Beschaffung verbilligter Hausbrandkohlen für Inhaber von Kleinwohnungen aufgehoben.

Falkenstein, den 23. Januar 1918.

Der Bürgermeister: **Sassebach.**

Verein für Volksvorträge Königstein i. T.

Alle in 1917 **Bolksbibliothek** entliehenen Bücher sind von der

bis längstens **Freitag, den 1. Februar d. J.**, an die Volksbibliothek zurückzubringen. Es ist dies die letzte Mahnung und müssen die bis dahin aus 1917 nicht eingelieferten Bücher von den Entleihern ihrem vollen Werte entsprechend ersetzt werden.

Der Vorstand des Vereins für Volksvorträge.

Aufruf!

Kaiser-Geburtstags-Spende für Deutsche Soldatenheime an der Front.

Wir halten durch bis zum Ende! Diese eiserne Pflicht beherrscht unsere Männer an der Front. Im vierten Kriegswinter stehen sie draußen als die lebendige Mauer, die uns schützt. Auch die Heimat hält durch. Sie hält durch mit ihrer Liebe und mit ihren Opfern.

Die Front und die Heimat begegnen sich in den deutschen Soldatenheimen und in den deutschen Marineheimen. Sei es nun in der grauen Erde Flanderns oder auf der Vogesenwacht, sei es in den Sümpfen Polens oder auf den Bergen Mazedoniens, sei es an der nordischen Wasserkante oder im heißen Wüstenland Mesopotamiens, allüberall, wo deutsche Männer stehen, steht sich die Heimat durch die Soldatenheime und die Marineheime fest.

Die Heimat hat mit ihren Gaben geholfen, viele Truppenteile mit Soldatenheimen und Marineheimen zu versehen. Die Heimat hat zahlreiche Schwestern ausgestattet, welche diesen schönen Dienst versehen. Unsere Opferwilligkeit darf nicht erlahmen. Wir wollen durchhalten, unseren Feldgrauen und Marineblauen den Beweis zu erbringen, daß wir ihnen helfen, die Mühsal des Winterkrieges zu ertragen. Helft uns, allen Truppenkörpern, die noch keine Heimat haben, Soldatenheime und Marineheime zu bauen.

Der Ehrenausschuß:

Gertud von Hindenburg geb. von Sperling, Ehrenvorsitzende / Frau von Bülow geb. von Kracht
Margareth Lubendorff / Leonie von Mackensen geb. von der Osten / Margarete Michaelis
Freifrau von Wangenheim.

Die Hausammlung wird am 27. Januar hier stattfinden, und wir bitten
gütige Spenden bereit zu halten.

Der Ortsausschuß für Königstein im Taunus.

Verloren:

1 Portemonnaie mit Inhalt.

Abzugeben Rathaus, Zimmer 3.

Königstein, den 25. Januar 1918.

Der Magistrat: **Jacobs.**

Bei vorkommenden Sterbefällen

Trauer-Drucksachen

satz durch Druckerlei Kleinbühl.

Verloren:

von der Post nach dem Königsteiner Hof kleine goldene Brosche mit Perlen und kleinen Smaragden. Abzugeben gegen gute Belohnung Elisabethenstr. 5, Königstein.

Gut erhaltener
Kinder-Sportwagen
zu kaufen gesucht. Angebote unter 5 80 an die Geschäftsstelle.

Betr. Besteuerung der Pacht- u. Mietverträge.

Die Besteuerung der Pacht- und Mietverträge hat bis spätestens **31. I. Mts.** zu erfolgen. Formulare sind im Rathaus, Zimmer 3, erhältlich.

Königstein im Taunus, den 19. Januar 1918.

Königl. Stempelverteilungsstelle.

Bekanntmachung

betr. die Ergänzungswahlen der Vertreter und Ersatzmänner zum Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Königstein im Taunus.

Gemäß § 24 der Wahlverordnung geben wir den beteiligten Arbeitgebern und Versicherten hiermit bekannt, daß folgende Wahlvorschläge eingegangen sind:

1. Arbeitgeber:

Wahlvorschlag Nr. 1, beginnend mit dem Namen **Wilh. Ohlenschäger**, erster Unterzeichneter **Martin Reutner**.

2. Versicherte:

Wahlvorschlag Nr. 1, beginnend mit dem Namen **August Ebert**, erster Unterzeichneter **Albert Reuter**.

Da von Seiten der Arbeitgeber und Versicherten je nur ein Wahlvorschlag eingegangen ist, so gelten nach § 25 der Wahlordnung die Vorgesetzten als gewählt. Die auf den 17. Februar ds. Js. bestimmte Wahl fällt aus. Anfechtungen gegen die Gültigkeit der Wahl sind bis zum 18. Februar ds. Js. bei dem unterzeichneten Vorstand oder beim Kgl. Versicherungsamt in Bad Nomburg v. d. S. anzubringen.

Königstein (Taunus), den 21. Januar 1918.

Allgemeine Ortskrankenkasse Königstein i. T.

Der Vorstand: **Adam M. Fischer**, 1. Vorsitzender.

Die Sparkasse

des

Vorschussvereins zu Höchst am Main

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

nimmt auf ein Sparkassenbuch Beträge von Mk. 1.— an in **unbeschränkter Höhe** und verzinst dieselben **vom Tage der Einzahlung** an bis zum Tage der Rückzahlung mit

3 1/2 %

Ferner nimmt der Vorschussverein **Darlehen** gegen Ausgabe von Schuldscheinen in Beträgen von Mark 500.— an zu **3 1/2 %** bei halbjähriger Kündigung und zu **4 %** bei ganzjähriger Kündigung. Die Verzinsung beginnt mit dem Tage der Einzahlung.

Der Vorstand.

Krankenhaus - Fürsorge-Verein Königstein i. T.

Montag, den 28. Januar 1918,
abends 8 Uhr

Bersammlung im Hotel Procahy.

Es wird um zahlreichen und pünktlichen Besuch gebeten.

Der Vorstand.

Braves, lauberes

Mädchen

für kleinen Haushalt gesucht.
Königstein, **Theresenstr. 13 I.**

Zwei Frauen für leichte

Gartenarbeit gesucht.
Gärtneri Haus **Sainerberg**,
Königstein im Taunus.

Ein Melkschaf gegen eine Ziege zu vertauschen.

Gutsverwaltung **Reiterhof**
bei Königstein.

2 trächt. Ziegen,

im März u. April lammt, nebst 2 u. 1 Schweinetra zu verkaufen.
Schneidhainerweg 60, Königstein.

Prima Milchkuh,

im Februar kalbend, zu verkaufen.
Anton Hermann Ww., Hornau
Reichheimerstr. 7a.

Eine gute, trachtige

Fahrkuh

steht zum Verkauf in
Hornau im Taunus, Langestr. 56.

„Die Tabakpflanze.“

Anbau und Verarb. zu Rauchtabak.
Leichte Anleitung f. d. Polen.

Preis 70 Pfennig.

Weller, Adsrath, Bez. Köln.

Wohnung in Königstein,

Limburgerstr. 6, 1. Stod,
3 Zimmer mit Küche u. Mansarde,
elektr. Licht u. Rubehör per 1. Febr.
oder später zu vermieten.
Nab. **Kelheim i. T., Taunusstr. 2.**

Kleine

Zwei-Zimmerwohnung

mit Küche und Rubehör
zu vermieten.
Oelmühlweg 10, Königstein i. T.